

Gründung des Gesprächskreises Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse

Ende März fand die Gründungsversammlung des neuen Gesprächskreises „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ beim Institut für Gesellschaftsanalyse statt. Themen des Gesprächskreises sind die Verschiebungen in der Sozial- und Klassenstruktur, wie sie durch die Bewegungen der kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufen werden, und ihre Auswirkungen auf die Formierung von sozialen Klassen und Milieus: Welche Klassenmilieus lassen sich unterscheiden, was prägt sie jeweils, welche Rolle spielen für die Herausbildung der charakteristischen Haltungen, Einstellungen und Wertorientierungen jeweils Einkommen, Bildung, Beruf, die alltägliche Lebenswelt, sozialstaatliche Institutionen, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und die Position in der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit? Linke Sozialstruktur- und Klassenanalyse erschöpft sich nicht in der empirischen und begrifflichen Erfassung der Wirklichkeit, sondern fragt immer auch nach den Emanzipationspotentialen, die in den widersprüchlichen Prozessen angelegt sind. Der Gesprächskreis bringt an diesen Fragestellungen interessierte Menschen aus Wissenschaft, Bildungsarbeit und Politik zum Meinungsaustausch zusammen, Forschungsergebnisse werden vorgestellt und weiterführende Fragestellungen für die Arbeit der Teilnehmenden wie auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung angeregt.

Auf dem Gründungstreffen hielt Prof. Dr. Michael Vester einen Vortrag zu den Verschiebungen in der Berufsstruktur und daraus resultierenden Milieu- und Klassenformierungen. Michael Vester leitet die Forschungsgruppe „Habitus und Milieu“ an der Leibniz-Universität Hannover. Ausgangspunkt der Überlegungen von Vester ist die Wiederbelebung des Marx'schen Begriffs der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie sei die Voraussetzung für gesellschaftliche Selbstbestimmung, gerade insofern sie einer beruflichen Arbeitsteilung entspreche. Auf beruflicher Arbeitsteilung gründe das Selbstbewusstsein von Individuen und Gruppen: Jeder kann etwas Spezielles, was in der Arbeitsteilung seinen Platz hat. Deshalb sei es richtig und wichtig, wenn Gewerkschafter und linke Parteien die mit der Entwertung beruflicher Qualifikationen oft einhergehende Verdrängung ins soziale Abseits kritisierten, jedoch dürfte sich die linke Perspektive nicht auf die abgehängten und bedrohten Schichten verengen. Gleichzeitig fänden an anderer Stelle Aufwertungsprozesse etwa in den technischen Berufen statt, die wiederum bei den Beschäftigten zu neuen Erwartungen und Ansprüchen an Arbeitsgestaltung, Mitbestimmung und Demokratie führen würden. Vester verwies auf das Themenheft der WSI-Mitteilungen vom Dezember 2011, in dem der Frage, welche Potentiale für einen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen „Pfadwechsel“ aus den Veränderungen in der Berufsstruktur erwachsen, ausführlich nachgegangen wurde. Im Anschluss an den Vortrag betonten mehrere Diskutanten die besonderen Herausforderungen, die sich für gewerkschaftliche wie linke Bündnispolitik aus diesen unterschiedlichen Dynamiken in der Berufs- und Klassenstruktur ergeben.

Im Weiteren erläuterte Vester sein Modell von 17 Berufsklassen, welches die Erwerbstätigen horizontal nach der „Arbeitslogik“ (Interpersonell – Humandienstleistungen; technisch – Industrie und Landwirtschaft; organisatorisch – Verwaltung) unterscheidet und vertikal nach der Qualifikation. Deutlich angewachsen sind in den vergangenen zwanzig Jahren die akademischen und halbakademischen Berufe, damit diejenigen Gruppen, die mehr Autonomie am Arbeitsplatz erwarten würden. Abgenommen haben vor allem die qualifizierten Facharbeiter und Fachhandwerker im industriellen Bereich und die an- und ungelernten Berufe im Bereich der Industrie und der Humandienstleistungen. Es habe also keine Auseinanderbewegung von unten und oben gegeben, sondern in den vergangenen zwanzig Jahren sei die Berufsqualifikation in Form einer Orange insgesamt gestiegen.

Die anschließende Diskussion wurde auch genutzt, um weiterführende Fragestellungen zu entwickeln: Es führe keine „Straße“ von der beruflichen Stellung und Lage zur politischen Sozialisation und Klassenformierung. Die berufliche Qualifikation allein reiche zur Bestimmung der sozialstrukturellen Position nicht aus. Beispielsweise fänden sich viele Hochqualifizierte in prekären und relativ niedrig entlohnten Arbeitsverhältnissen wieder, was ebenfalls Einfluss auf Einstellungen und Haltungen habe. Die Erwartung von mehr Autonomie am Arbeitsplatz gehe nicht zwingend einher mit wachsender Bereitschaft zu Kooperation und Solidarität. Wenn auch die Vester'schen Berufsklassen nahelegten, dass die geringqualifizierten nicht abgehängt worden seien, so fänden jedoch außerhalb der Arbeitswelt, in den Städten bzw. der „Alltagslebenswelt“ qualitative Veränderungen statt, sei es durch Veränderungen in der Qualität und Quantität sozialstaatlicher Umverteilung und Einkommenstransfers, sei es durch Vorgänge sozialer Entmischung in den Wohnvierteln. Diesen Fragen wird im Gesprächskreis weiter nachgegangen werden.

Den zweiten Vortrag hielt Dr. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Ob und wie soziale Ungleichheit auch zu demokratischer und politischer Ungleichheit führt, war das Thema. Schäfer betrachtete die politische Artikulation in Form der Wahlbeteiligung. Er widersprach mit guten Belegen der gängigen politikwissenschaftlichen These, wonach sich die Wahlenthaltung annähernd gleichmäßig über alle soziale Schichten verteile und mithin kein Problem für die Demokratie darstelle, da ja noch alle Bevölkerungsschichten mit gleichem relativen Gewicht repräsentiert seien. Für seine Heimatstadt Köln wie für bundesdeutsche Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern wies Schäfer für die vergangenen beiden Jahrzehnte nach, dass soziale Ungleichheit in wachsendem Maße auch zu politischer Ungleichheit führt. Insgesamt sinke die Wahlbeteiligung seit Mitte der siebziger Jahre in der Tendenz, und die Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen nehme zu. Jedoch handele es sich nicht um einen gleichmäßig verteilten Vorgang. In Bezirken mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohem Durchschnittseinkommen sei die Wahlbeteiligung weniger stark gesunken als in den Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Durchschnittseinkommen. In Köln etwa habe die Wahlbeteiligung zwischen dem „unteren“ und „oberen“ Ende mit 44% und 72% bei den letzten Bundestagswahlen deutlich und typisch geschwankt. Daraus entstünden gravierende Folgen. Die sinkende Wahlbeteiligung ginge vor allem zu Lasten der potentiellen Wählerschaft linker Parteien und stelle diese vor erhebliche Probleme in der Wahlstrategie. Hohe Stimmenanteile etwa für DIE LINKE in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit bedeuteten bei niedriger Wahlbeteiligung nicht unbedingt viele absolute Stimmen. Mehr absolute Stimmen seien mitunter in Vierteln mit besserer sozialer Lage zu gewinnen, weil hier die Wahlbeteiligung höher sei. Die Parteien würden dann darauf reagieren, dass die enttäuschten Wählerschichten viel schwerer zu mobilisieren seien, und sie bei der Wahlkampfplanung und im nächsten Schritt bei der Programmatik und Politik weniger berücksichtigen. So sei, konstatierte Schäfer, über die Jahre hinweg eine soziale Schieflage der Demokratie entstanden, untere Bevölkerungsschichten seien kaum noch demokratisch repräsentiert und damit ein Gebot demokratischer Gleichheit verletzt.

In der Diskussion wurden zwei Aspekte besonders hervorgehoben: Die soziale Ungleichheit führt nicht nur zu demokratischer Ungleichheit bei Parlamentswahlen, sondern auch bei direktdemokratischen Abstimmungen (Schulentscheid in Hamburg, Rauchverbot in Bayern). Auch bei anderen Formen demokratischer Beteiligung dominieren die mittleren und oberen sozialen Schichten, weil sie über die erforderlichen Ressourcen wie Bildung, Information, Einkommen, Durchsetzungsbewusstsein, Veränderungswille deutlich stärker verfügen. Der Ausbau direktdemokratischer Beteiligung sei kein Königsweg, um die Folgen demokratiepolitischen Folgen

sozialer Ungleichheit zu bekämpfen, er könne auch das Gegenteil bewirken. Politische Artikulation ist nur eine Form, in der sich Habitus, Haltung und soziale Potentiale von Schichten und Klassen äußern. Neben der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen und dem zivil- bzw. bürgergesellschaftlichen Engagement in Verbänden und Initiativen entstehen sozial handlungsfähige Lebenswelten durch unmittelbare Aneignung, durch praktische Alltagssolidarität, Selbsthilfe, Nachbarschaften.

Weitere Informationen zum Gesprächskreis und zur Mitarbeit bei kahrs@rosalux.de

Horst Kahrs